

Die rumänischen Bauern marschieren.

Gegen die Regierung Bratianu.

Ein angeblicher Aufruf Carols an das Volk.

sich mit der Frage der Rückkehr des Kronprinzen Carol nicht befaßt.

An die Nörgler und Eigenbrötler!

Sage und schreibe einunddreißig verschiedene Parteien wird der amtliche Stimmzettel ausfüllen. Es würden noch zwei mehr gewesen sein, wenn auch diese beiden den Vorschriften des Paragraphen 16 des Reichswahlgesetzes genau nachgekommen wären. So müssen wir uns also mit 31 behelfen. Aber auch so kann man noch feststellen, daß es am 20. Mai der deutschen Eigenbrötlei gestattet sein wird, äppigste Orgien zu feiern. Dant der dringende reformbedürftigen Bestimmung des erwähnten Paragraphen, daß Unterschriften von fünfshundert Wählern genügen, um einen Reichswahlvorschlag gültig zu machen, ist es nicht gerade schwer, Parteisplitter und Interessengruppen auf den amtlichen Stimmzettel zu bringen. Und man sieht, daß von dieser Gelegenheit reichlich Gebrauch gemacht worden ist.

Neben den alten Parteien, die bei den früheren Wahlen bewiesen haben, daß starke Wählermassen hinter ihnen stehen, präsentiert sich eine Reihe meist nach einem bestimmten wirtschaftlichen Gesichtspunkt orientierter Gruppen und Gruppchen. Da markiert die Wirtschaftspartei, deren politisches Unvermögen jedem nur etwas nachdenklichen Mittelständler klar sein muß, gleich mit zwei Wählissen auf. Ob in allen Wahlkreisen mag dahingehelt bleiben. Aber im Wahlkreis Köln-Anlagen beispielsweise erscheint neben der eigentlichen Wirtschaftspartei als Schwesterpartei mit eigener Liste (sowohl für den Reichstag wie für den Landtag noch die Pfarzer-Greber-Partei mit einem Pfarzer Greber an der Spitze. Ueber seinen Parteibezirk hinaus hat von diesem Geistlichen, der sich zum Parteiführer berufen fühlt, wohl noch kaum jemand etwas gehört. Aber er hat es offenbar verstanden, vor einem kleinen mittelständlerischen Kreise so imponierend eine eigene Wurst zu kochen, daß sich dieser Kreis veranlaßt sah, die Pfarzer-Greber-Partei als Konkurrenz der von dem früheren freikonservativen Warburger Universitätsprofessor Dr. Drebil geführten Wirtschaftspartei an die Seite zu stellen. Also zwei Parteigruppen trotz des nur auf ganz bestimmte wirtschaftliche Interessen beschränkten Programms, eines Programms, das, wie die verflochten vier Jahre gezeigt haben, der Handvoll Wirtschaftsparteiler in den Parlamenten gestiftet, in den für die gesamte Nation lebenswichtigsten Fragen nach allen Richtungen auseinanderzufallen!

In zwei Parteien marschirt auch der Kommunismus auf, in drei Gruppen die Sozialdemokratie. Neben der S. P. D. zeigen die unabhängigen Sozialdemokraten durch Einreichung eines Wahlvorschlages, daß noch fünfhundert Sozialisten da sind, denen weder die zweite noch die dritte Internationale zuzählt; außerdem die von Sachsen aus ins Reich marschierende Allsozialistische Partei, die mit den Nationalsozialistischen Führern viel Wesensverwandtschaft zeigt. Da sich die gesellschaftlichen Schichten, die an der Spitze der Verbände der Aufwertungsgläubiger stehen, nicht auf gemeinsame Listen zu einigen vermocht haben, stehen auch die gewiß bedauernswerten Leute, die durch die Inflation erhebliche Teile ihres Vermögens verloren haben, die die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß doch noch eine höhere Aufwertung möglich sei, und die, nicht in der Lage, die großen Zusammenhänge zu erkennen, nun allzu leichtgläubig sich auf Forderungen und Verheißungen einzelner Männer verlassen, in zwei Wochen bei der Wahl vor der Dual, ob sie die Liste der sogenannten Volkrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) oder den Volksblock der Inflationseingekerkerten (Allgemeine Volkspartei) oder eine der außerdem noch vorhandenen fünf Aufwertungslisten wählen sollen. Will man diesen Inflationsoffizieren einen guten Rat geben, so kann man ihnen ehrlicher Weise nur sagen: „Es ist Jede wie Hefe, ob ihr für diese oder jene Gruppe stimmen werdet. Alle versprechen euch viel und keine kann halten, was sie verspricht. Würde es, was ziemlich unwahrscheinlich ist, auch der einen oder anderen Gruppe gelingen, in einem Wahlkreisverband einen Abgeordneten durchzubringen, d. h. 60 000 Stimmen auf einen oder auf zwei miteinander verbundene Wahlkreisvorschläge zu vereinigen, so würde sich zu diesem einen Abgeordneten doch höchstens nur noch ein auf Grund des Reichsliste gewählter Abgeordneter gesellen können, denn auch noch so viel Reklamationen sich aus anderen Wahlkreisen für die Reichsliste zusammenfinden sollten. Denn nach Paragraph 32 des Reichswahlgesetzes kann einem Reichswahlvorschlages höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenliste zugeteilt werden, die auf die ihnen angeschlossenen Wahlkreisvorschläge entfallen sind. Glaubt ihr Opfer der Inflation wirklich, daß die paar Mann, die glänzigen Falls durch eure Stimmabgabe in den Reichstag kommen können, irgend etwas an der Aufwertungsgegebung zu ändern vermögen?“

Wohlgemerkt gilt das, was hier für die Aufwertspartheien gesagt ist, genau so für die übrigen kleinen Parteigruppen. Es ist außerordentlich leicht, Parteinaimen auf den amtlichen Stimmzettel zu bringen, aber es ist außerordentlich schwer, soviel Stimmen auf-

Prinz Carol
wollte nach Rumänien fliegen.

London, 7. Mat. Wie der amtliche englische Runddienst meldet, trat Prinz Carol von Rumänien, der seit einigen Tagen im Landhause seines Landmannes Lord Nelson in White (Surrey) wohnt, am Sonntagabend die Imperial Airways mit dem Antrag heran, ihm zwei Flugzeuge zur Verfügung zu stellen, da mit er nach Rumänien fliegen könne. Er beabsichtigte am Sonntag morgen den Flug antreten. Da die englischen Behörden sich nicht damit vergewissern konnten, daß Carol die zur Landung in Rumänien erforderlichen Papiere besaß, wurde die Abfahrt der Flugzeuge nicht gestattet.

Carol bestreitet.

London, 7. Mai. In einem Interview mit einem Vertreter des Reutersbüros stellte Prinz Carol entschieden in Abrede, daß er in England politische Propaganda betriebe. Er bestritt auch, daß er Flugzeuge zur Verbreitung eines Manifestes bestellt oder einen Vertreter ins Ausland entsandt habe. Wenn ich, so erklärte er, nach Rumänien zurückkehre, so werde ich es auf dem gewöhnlichen offiziellen Wege tun.

Standrecht über Bukarest?

V. Bulareff, 7. Mai. Nach Meldungen aus Bulareff sind sämtliche ausländische Journalisten, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu, und den Bauernmassen aus Karlsruhe nach Bulareff begeben wollten, an die Grenze abgeköhnen worden. Weitere Meldungen besagen, daß es in Bulareff zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Truppen seien in Bereitschaft und hätten alle nach Bulareff führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bulareff sei das Ständrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, noch in letzter Stunde der Lage Herr zu werden. Maniu, der gestern nachmittag im Automobil von Karlsruhe nach Bulareff abfuhr, um dort die Beschlüsse des Landeskongresses dem Regentsschatrat vorzulegen, ist von einer großen Schaar seiner Anhänger auf 600 Lastautomobilen begleitet.

Es ist erreicht: 31 Parteien!

Eine Sitzung des Reichswahl- ausschusses.

Von unserer Berliner Redaktion.

♦ Berlin, 7. Mai. (Draht.) Der Reichswahlausschuß, der sich aus sechs Mitgliedern, die den stärksten Parteien entnommen sind, zusammensetzt, hatte in einer heute abgehaltenen Sitzung, bestehend aus der Benennung der Wahllochsätze auszugehen. Fast alle Vertreter der Parteien mitbillsigigten das Verfahren des Reichsinnenministers, der anstelle der Wahlordnung vorgesehenen Stammziffern die Vertretung der Parteien am Schluß der letzten Legislaturperiode gesetzt hatte. Nur der Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei fand einige Worte der Entschuldig. Der Reichswahlausschuß stellte sich einmütig auf dem Standpunkt, daß die Linkskommunisten nicht unter No. 8, und die sogenannte Deutsche Bauernpartei nicht unter No. 11 hätte eingereiht werden dürfen, da sie neuergründete Parteien seien, die noch keinen Abgeordneten im letzten Reichstag entsandt hätten. Lediglich aus dem angesetzten Erlauchen des Reichswahlleiters Prof. Dr. Gammann erklärte sich der Ausschuß mit geringerer Mehrheit bereit, es aus praktischen Gründen diesmal bei der Benennung zu belassen, um die Zählbarkeit der Parteien nicht zu gefährden. Vom Reichsminister des Innern und vom Reichswahlleiter wurde die Versicherung abgegeben, daß künftig in den Zweifelsfällen der Reichswahlausschuß rechtzeitig vort werden soll. Eine Ergänzung des Reichswahlgesetzes und der Stimmordnung hat sich als nötig ergeben und soll gleich nach den Beschlüssen vorgenommen werden.

Dem Reichswahlausschuß wurden 33 eingelau-
fene Reichswahlschlüsse zur Prüfung vorge-
legt. Die für die im letzten Reichstag vertretene
katholisch-sozialistische Partei reformierte Num-
mer 33 bleibt unausgefüllt, da ein Reichs-
wahlschluß nicht vorlag. Geblieben einer der
übrigen Abgeordneten kandidiert auf der Liste der so-
zialistischen Christlich-nationalen Bauernpartei. Anlaß zu
dieser fälschlichen Ausgabe gab noch der Antrag des sozial-
istischen Vertreters Dittmann, die Bezeichnung
sozialdemokratische Partei zu beun-
den, da sie zur Verwirrung der Wähler mißbraucht

werden könnte. Der Ausschuß lehnte einen Einpruch gegen diese Parteibezeichnung ab, da die Bezeichnung der beiden in Betracht kommenden Parteien hinreichend deutlich erscheint. Ausführlich erörtert wurde die Frage, ob Gruppen mit gleicher Parteibezeichnung auszuwählen seien. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß zwei verschiedene Gruppen der Volkspartei Reichstagswahlkreise eingereicht hatten. Der Ausschuß beschloß einstimmig, einer der beiden Gruppen die Verpflichtung aufzuerlegen, eine andere Bezeichnung zu wählen. Charakteristisch für die Reichswahlkreislösung ist im übrigen die große Zahl der Wertungsgruppen. Man zählt ihrer ungefähr aus sieben. Daneben gibt es drei christliche oder evangelische Listen, ferner drei solchen neben der bisher vorhandenen Bauernliste noch drei weitere Bauernlisten, nämlich die Bauernliste, die christlich-nationale Bauernpartei und ein Reichswahlkreislösung des sächsischen Bundes.

Auch die Zerspaltung der B ö s s i s c h e n ist sehr groß. Neben der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gibt es eine b ö s s i s c h e nationale Liste und neuerdings die deutschsoziale Partei, die bei der vorigen Wahl vergeblich war. Allen diesen Listen fehlt es an jeder politischen Bedeutung, da aber 500 Unterschriften für die Einreichung eines Wahlvorlages genügen, so mußte dem Reichstag bis auf zwei Fälle stillgegeben werden. Zugewiesen wurde auf diese Weise z. B. ein Familienvorstand von vier Mann. Dagegen gelang es einer Gruppe, die sich „ganz parteilos für das Volksohne“ nennt, nicht die Anerkennung des Reichswahlprüfungsausschusses zu erzielen. Das gleiche Schicksal erlitt der 2. Stelle eingereichte Reichswahlvortrag mit der Bezeichnung „Lebensinteressen der Bediensteten“, dessen einziger Kandidat ein im Jahre 1903 geborener, soeben wählbar gewordener junger Mann aus Hammurg auftritt. Das schönste hieran ist, daß nicht ledigliche junge Männer, sondern 20 verheiratete Frauen einen Wahlvortrag unterschrieben haben. Nach den Streichungen, die der Ausschuß vorgenommen hat, bleiben von den 33 Vorschlägen immer noch 31 übrig. Schon diese ungeheure Zahl beweist zur Genüge, daß an unserem ganzen Wahlsystem etwas nicht in Ordnung ist. Eine der dringlichsten Aufgaben des neuen Reichstages wird es sein, auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen.

Am Sonntag hat der seit langem angekündigte Kongress der rumänischen Nationalen Bauernpartei in Karlsruhe stattgefunden. Am gleichen Tag fanden fünf weitere Versammlungen dieser Partei in verschiedenen anderen Orten statt, darunter in Buzarest selbst, statt. Die Regierung hatte die Abhaltung des Kongresses und der Versammlungen zugelassen, allerdings besonders in Siebenbürgen umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

über den Verlauf der Karlsburger Tagung, auf der 200 Gemeinden aus 71 Komitaten vertreten waren, teilt die **„Befragte“** mit. Schon am frühen Morgen sei der Hauptsaal von Karlsburg mit hunderttausend Mann angefüllt gewesen. Um 8 Uhr hätte zunächst ein Gottesdienst stattgefunden, danach hätten Führer der Nationalen Bauernpartei, Maniu und Iuliu Iulian die Entfesselung gegen die Regierung begründet, die sofort angenommen wurde. In der Entfesselung wird Treue zum Vaterlande und ein Aufbruch an den Balfürbenden als Friedenshort und ein Ausbruch gebracht. Betont wird, daß die Regierung Bruttianu nur durch Staatsstreichen überkommen sei. Sie müsse einer Regierung Rechte, einer Regierung Maniu Pflichten. Maniu ist mit dieser Entfesselung noch nach Bukarest gereist, um sie dem Regentenrat zu unterbreiten. Sechs andere Redner sprachen in Karlsburg in öffentlichen Versammlungen. Die Menge schloß mit erhobener Hand, alles zum Sturz der Regierung Bruttianu tun zu wollen. Abgeordneter sprach mit Radnaru von einem durchnothwendigen Marsch auf Bukarest.

Der Abzug der Massen vollzog sich in Ruhe und Ordnung. Die Behörden hatten den Teilnehmern Eigenschaftszüge für die Heimreise zur Verfügung gestellt. Karlsruhe zeigt jetzt wieder das gewohnte Bild. Der Führer der Bauern, Manius, ist nach Butelsried abgereist, um dort den Regenschaftsrat um eine Audienz nachzusuchen, und er die Karlsburger Entschliegung vorlegen will. Die Regierungsfreien wird versichert, daß von einer Änderung in der politischen Lage keineswegs die Rede sein könne.

Die Demonstranten marschierten zu einem großen Teil in Klauenburg, wo am Montag eine Massenversammlung stattfand, der Maniu die Antwort des Reichspräsidenten überbringen sollte.

Auch in Szekesfeh fanden am Montag unter Teilnahme von 30 000 Menschen zwei Versammlungen der nationalen Vaterpartei statt. In langen Demonstrationen begaben sich die Versammlungsteilnehmer hier die stark von Militär besetzte Stadt, ohne daß Zusammenstöße erfolgten.

★

Bei der Beurteilung der Lage ist es wesentlich, daß die anwärtige rumänische Regierung seit langem von der Ansiaßung dieser Bauern tagungen unterrichtet war

daß sie alle diese Versammlungen, trotzdem sie sie zu verhindern können, gestattet hat. Das beweist, daß die Regierung sich als Herrin der Lage fühlt. Wenn von dem „Marsch der Bauern auf Bukarest“ geredet wird, erinnert man sich lebhaft an Russolins Marsch in Rom. Aber so einfach, wie in Italien, siegen die Bauern in Rumänien nicht. Man muß sich nur verwahren, daß die Bauern aus Siebenbürgen nicht

Hauptstadt einen Weg von rund 400 Kilometern zu-
legen hätten und gerade zu einer Zeit, da die Feld-
iten unaufschiebbar sind. Man muß also hinter den

aus auf Zukunſt verſchiedene Fragezeichen ſehen. Sie vermindert wird die Situation allerdings dadurch, ſich der frühere zumäniſche Kronprinz er-
rührt und allem Anſehen nach einen kleinen
ſtreich im Schilde führt. Im Augenblick läßt ſich
kein klares Bild gewinnen. Die nächſten Tage wer-
den zeigen haben, ob der Baſtan tatſächlich durch
apoliſche Erdbenen erſchüttert wird. Wahgebende
die Kreiſe glauben nicht, daß ſchwere Verwün-
den bevorſtehen, ſondern man ſiſ der Anſicht, daß es
um vorübergehende Gewitterſtürme handelt.

Karlsburg polizeilich gesperrt.

Budapest, 7. Mai. Wie aus Befeisjaba von umänischer Grenze gemeldet wird, ist der aus Karls-eintreffende Eisenbahnzug mit einer einkündigen-ungung gelangt. Die Reisenden erfährten, daß die-ungung der rumänischen Bauernpartei in Karls-ein ruhigen Verlauf nahm und es zu-erlei Zusammenstößen kam. Nach Schluß-Bersammlung hat ein großer Teil der Menge be-nen, nach Buzarest zu gehen und die Regie-mit Gewalt zum Rücktritt zu zwin- Aus diesem Grunde hat die Polizei und die Gen-rie die Stadt Karlsburg vollständig umzin- um den Weg nach Buzarest absperrten. Auch die-Bahnverpätung ist die Abhörung der Stadt-ung aufzuheben. Die in Siebenbürgen erscheinenden un-garischen Blätter „Brasov Lapot“ und „Kleleti Ujsag“ sonn-licher nicht erscheinen.

★

schenfall nach der Versammlung.

Budapest, 7. Mai. Wie aus Gula von der süßen Grenze gemeldet wird, traf der aus Siebenbürgen anlangende Schnellzug mit einer zweifelhafte Person in Bözöghazi ein. Die Ursache der Verpöschung darin, daß der Zug bei Tövis durch die von der ungarischen Verwaltung zurückfließende Menge auf demselben Ort stehen geblieben gewesen sei, da die Menge verlangte, daß der Zug seinen Weg nach Ab nicht fortsetze, sondern sie nach Ab befördere. Die Gendarmerie trat dazwischen, ließ die Menge zurückdrängen und harten sie auf dem Weg nach Bözöghazi fortgehen konnte.

zubringen, daß Vertreter der Idee, für die man seine Stimme in die Wagschale geworfen hat, in das Parlament kommen. Und wenn das wirklich, was ganz ausgeschlossen erscheint, ein halbes Duzend Aufwertungsmaßnahme gewählt werden sollten, was würden diese sechs Männchen unter rund fünf-hundert Abgeordneten bedeuten? Wenn die Wirt-schaftspartei fortan statt mit einem Duzend mit zwei Duzend Mitgliedern im Reichstag sitzen würde — was ebenfalls als ganz ausgeschlossen bezeichnet werden kann — was wäre damit für den Mittelstand erreicht? Wenn unter den christ-lichen Arbeitern die Christlich-sozialen Bewegung, die sich Christlich-soziale Reichspartei nennt und in dem Studentrat Dr. Ehlen einen jeden Kom-promiss abstoßenden Ideologen als Spitzenkandidaten aufgestellt hat, mit ihrem kommunistischen Wirtschafts- und Sozialprogramm folgen Beifall finden würde, daß ihr jetzt der Ruf gelänge, der 1924 glatt mißlang, wenn sie wirklich ein paar Mandate erränge, würde dann für die Christlich-sozialen die Morgenröte einer neuen Zeit andeuten? Einer Zeit, in der ohne die tatkräftige und verständige Mitwirkung des Zen-trums sozialpolitische Erfolge erzielt werden könnten? Läßt sich überhaupt in Deutschland kompromiß-lose Politik machen, wie das Dr. Ehlen will? Ist Poli-tik ohne Kompromisse möglich in Parlamenten, in denen keine einzige Partei die absolute Mehrheit hat und auch künftig nicht haben wird? Gabe es also etwas Besseres für den christlichen Arbeiter, als wenn er sich bombastischer Phrasen und leerer Ver-sprechungen wegen von der Zentrumspartei abrennen würde, deren Namen mit dem großen sozialpolitischen Fortschritt der letzten Jahre untrennbar verbunden ist?

Und noch ein Wort an diejenigen, die von ihrer Hoffnung auf höhere Aufwertung nicht lassen wollen. Die Deutschnationalen sind vor den Wahlen des Jah-res 1924 für 60—100prozentige Aufwertung eingetre-ten. Sie haben nach den Wahlen gegen diese hohe Auf-wertung Stellung nehmen müssen, weil sie haben ein-sehen müssen, daß eine höhere Aufwertung als die-jenige, die wir haben, nicht möglich ist. Und was 110 Deutschnationale nicht möglich machen konnten, das sollen jetzt, wenn's ganz hoch kommt, zwei oder drei nur nach dem einen Gesichtspunkt höherer Aufwertung orientierte Abgeordnete der sogenannten Volksrechtspartei fertigbringen?

Vollkommen ist auf dieser Erde nichts. Auch die Partei mit dem objektiv besten Programm und der besten Führung kann nicht in jedem Falle jedes ihrer Mitglieder restlos zufriedenstellen. Es wird für einen Teil der Wählerschaft immer einmal etwas geben, worüber er Anlaß zum Räsonieren zu haben glaubt. Das kann man ja bei allen Parteien feststellen, mögen sie die Verantwortung für Reich und Volk mitgetragen oder in der Opposition mit Agitationsanstrengungen ihren Anfangen. Und in die Augen gestreut haben. Wenn aber etwas maßgebend sein kann, so ist es die Ent-wicklung, die Deutschland seit der Re-volution und insbesondere seit 1924 durchgemacht hat. Man denke zurück, wie es gewesen ist! Durch welche Schlammschlachten haben wir waten müssen, um wieder festen, sicheren Boden unter die Füße zu bekommen! Wie entsetzlich das Chaos des Jahres 1923! Welche Wiederaufstieg seitdem in jeder Beziehung! Welche Partei aber hat an der Ueberwin-nung der Folgen des verlorenen Krieges, der Erschüt-terung durch die Revolution, der wirtschaftlichen Kata-strophe, die die Inflation herbeigeführt hat, an dem Wiederaufbau von Ordnung, Ehre, Recht und Wirt-schaft größeren Anteil als die Partei, die seit neun Jahren unverbrochen im Reich, in Preußen, in Baden, Württemberg und Hessen als Regierungspartei mit-gearbeitet hat? Welche Partei gibt es außer dem Zentrum, die diesen Anspruch er-heben kann? Welche Partei hat allen Berufsständ-chen unermüßlich ihr Interesse zugewandt, den Bauern, dem Mittelstand, den Beamten, den Arbeitern, den Angestellten, den freien Berufen, der Industrie und den verarmten Rentnern? Die Zentrumspartei umfaßt wie keine andere Partei alle Schichten des deutschen Vol-kes. In ihren parlamentarischen Vertretungen herrscht darum Solidarität der Berufsstände. Die großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, nach denen sie ihr Handeln orientiert, bieten die beste Gewähr für jeden Stand.

Ihre Mitglieder und Angehörigen, ihre Aktivist und Helferinnen, prüft die Parteien nach ihren Taten! Versprechungen machen ist wie kritisieren verflucht leicht, Versprechungen halten und besser machen ist noch immer schwer gewesen. Wollt ihr eure Stimme unruhig abgeben, dann wählt eine der kleinen Partei-gruppen und Splittergründungen ehezüglicher Charak-tere! Wollt ihr aber Fortschritt auf dem blä-derigen Wege zum Wiederaufstieg, wollt ihr in den Parlamenten Verstand haben, so wählt die alte rechte Stände und bei Vertreten anderer Berufsstände finden, wollt ihr, daß christliche Grundfälle im deutschen Vaterland maßgeblich bleiben, dann denkt am 20. Mai daran, daß an dieser Stelle auf dem amtlichen Stimmentafel die Partei steht, die durch ihre neunzehnjährige ununterbrochene Mitarbeit in Reich und Staat bewiesen hat, daß das Volk's Wohl ihr oberstes Gesetz ist!

Kommunistische Dreistigkeit.

Berlin, 7. Mai. Zu Wington ist das 4. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes in Berlin geplant. Dazu hat die kommunistische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat folgenden Antrag gestellt: „Der Magistrat wird ersucht, das in der Zeit vom 20. bis 28. Mai 1928 in Berlin statt-findende 4. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes weitestgehend zu unterstützen, insbesondere geeignete Versammlungsräume, Unterkunftsmöglichkeiten für Gast-gäste und Führer, durch Anweisung an die betreffenden Ämter, Direktoren und Beamten kostenlos zur Verfügung zu stellen.“ Weiter wird der Magistrat er-lucht, bei dem Polizeipräsidenten dahin zu wirken, daß die Vertretung in den Wingtonen im weitesten Maße auf den Roten Frontkämpferbund Rücksicht nimmt, jede Minderheitsmeinung der Gastkämpfer in den Tagen des Reichstreffens unterbleibt, daß die Sympathie der wert-vollen Bevölkerung des roten Vereins für den Roten Frontkämpferbund einen politischen Schaden unendlich mache. Der Antrag schließt mit folgenden Worten: „In Anerkennung der Ziele des Roten Frontkämpferbundes wird dieser Dranstellung durch Zuführung des 4. Reichs-treffens aus städtischen Mitteln der Betrag von 50 000 Mark bewilligt. Die städtischen Gebäude flagen aus Anlaß des Reichstreffens rot.“

Vorsichtige Anleihepolitik.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

○ Berlin, 7. Mai. In einer am Sonntag gehaltenen Rede in Baden gab der Reichsminister der Finanzen, Dr. Brüder, folgende Erklärungen ab:

Der bevorstehende Abschluß der Arbeiten der Verant-wortung über die Zulassung von Anleihen trägt der Gemein-den gibt Veranlassung, noch einmal die letzten den Gesichtspunkte in der Politik der Reichs-regierung hervorzuheben, die für die Heranführung von Auslandskapital zu Zwecken von Finanzierungsbedürf-nissen, die im öffentlichen Interesse zu befriedigen sind, maßgebend sind.

Diese Gesichtspunkte sind im wesentlichen schon in der Erklärung des Reichsministers der Finanzen im Reichs-tag vom 28. März 1928 enthalten. Wenn es auch in ge-wissen Umfange weiter erforderlich ist, im Rahmen der natürlichen Grenzen jeder Auslandsvermittlung ausstän-diges Kapital für die deutsche Gesamtwirtschaft her-anzuführen, so gebieten doch die folgenden Erwägungen weitestgehende Zurückhaltung. Die rationa-elle Ausgabebearbeitung der öffentlichen Stellen unter strenger Beobachtung der Grundsätze der Spar-samkeit und Rentabilität ist wesentlicher Bestandteil der Verwaltungspolitik, die die gesamte deutsche Öffentlichkeit gebieterisch fordert. Sie ist auch unerläß-lich, um über Deutschland hinaus zu befinden, daß wir uns die aus dem Kriege übernommenen Verpflichtungen und die Sorge um die Erhaltung der Reparations-kredite auferlegen. Auf den gegenwärtigen mit Er-folg befristeten Wegen äußerster Sparpolitik muß daher fortgefahren und zugleich muß die Kenntnis über die Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften durch laufende Beschaffung geeigneten Zahlenmaterials und seine Veröffentlichung gefördert werden. Es kommt hin-zu, daß der Umfang unserer Auslandsver-mittlungspolitik vorläufig im Hinblick auf die nur langsamen Erfolge, die unsere Bemühungen um die Besserung unserer Handels- und Zah-lungsbilanz gehabt haben und daß die Repara-tionsfrage, wie sich nun einmal die Möglichkeiten gestaltet haben, die allein zur Zeit für die Durchführung des Sachverhältnisses bestehen, nicht als für die Dauer erfüllt betrachtet werden kann. Diese Frauen-entlehen sich der Beurteilung der einzelnen an der An-leiheaufnahme beteiligten Stellen der deutschen Gesamtwirtschaft. Infolgedessen ist es, je näher wir der Zeit kommen, um der großen Fragen zur Entscheidung zu reifen, desto notwendiger für die Reichsregierung gewor-den, von sich aus die Politik zu bestimmen, die für die Heranführung von Auslandskapital öffentlicher Stellen eingehalten werden muß.

Die jetzt vor dem Abschluß stehende Prüfung des kommunalen Anleihebedarfs durch die Verant-wortung, die das hohe Maß von Verantwort-lichkeit, die dem Reich und den beteiligten öffentlichen Körperschaften gemeinsam zu tragen obliegt. Der Gang der Arbeiten läßt ein Ergebnis erwarten, bei dem die oben gekennzeichneten Richtlinien voll eingehal-ten sind. Die Aufnahme der Verhandlungen durch die zunächst für die Finanzprüfung des Auslandsmarktes in Betracht kommenden öffentlichen Körper-schaften oder ihre Kreditverbände wird daher in kürzester Zeit freigegeben werden. Maßgebendes Vor-geschick ist im Interesse des deutschen Kredites im Aus-lande hierbei ebenso wie bei den Körperschaften, deren Anleihen noch folgen können, unerlässlich. Die Erledi-gung des jetzt durchzuführenden Programms wird aller-dings nur dem dringenden Bedarf der Gemein-den gerecht. Dennoch wird es dabei für einen längeren Zeitraum sein Bewenden haben müssen. Erst nach Ablauf dieses Zeitraumes und nach sorgfältiger Prüfung der Gesamtsituation wird an die Frage herangetreten werden können, ob und wann die Heran-führung weiteren Auslandskapitals für kommunale Zwecke in Zukunft wieder befürwortet werden kann. Die Beratungskommission wird nach Abwicklung ihres letzten Programms ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß ihre Bemühungen und die Wirkung der von ihr be-rateten Grundsätze nicht durch Maßnahmen besonderer Natur, insbesondere durch Aufnahme kurzfristiger Aus-landskredite, zunichte gemacht werden. Auslandsanleihen des Reiches und der Länder sowie Auslandsanleihen, die Reich oder Länder garantieren, erscheinen aus weiterem Blick nicht tragbar. Reich und Länder müssen in der Anleihehaltung der für die öffentlichen Stellen maßgebenden Grundsätze selbst peinlichste Genauigkeit üben.

Die Notlage der Landwirtschaft macht auch auf dem Gebiete der Auslandsfinanzierung außerordent-liche Anstrengungen erforderlich. Insbesondere kann den Landwirten, die nach dem Notprogramm der Reichs-regierung Umschuldungshilfe erwarten, gegenwärtig im wesentlichen nur durch Annahme von Aus-ländischen Kreditkapital die dringend gebotene und nicht ausschließbare Unterstützung zuteil werden. Von der hierbei vorgezeichneten Art der Finanzierung wird indessen nur im engsten Umfange Gebrauch gemacht werden.

Die Innehaltung der von der Reichsregierung einge-tragenen Politik bedeutet ohne Zweifel für einzelne Beteiligte große Härten. Die Reichsregierung ver-traut aber weiter auf die Einsicht aller beteiligten Kreise in die Notwendigkeiten, die Deutschland besondere Lage erfordert und rechnet auf das Bewußtsein der gemein-samen Verantwortung, ohne das ein Erreichen des gro-ßen Zieles, dem die Anleihepolitik des Reiches unter-geordnet ist, in einem allen Beteiligten gerecht werden-den Sinne in absehbarer Zeit nicht wohl denkbar ist.

Poincaré ist ruhebedürftig.

Er will auch zur Festigung des Friedens beitragen.

○ Paris, 7. Mai. Ministerpräsident Poincaré hielt heute in der Rue de la Paix die Generalratung des Waasdepartements in seiner Eigenschaft als Vor-sitzender eine Rede. Er betonte eingangs, daß er, wenn er seinen persönlichen Neigungen folgen würde, schon seit mehreren Jahren auf die parlamentarische Tätigkeit verzichtet haben würde, um in seiner län-gstjährigen Heimat Ruhe, auf die er ein Recht hat, haben könnte, zu genießen. Er hoffe, daß diese Ruhe nicht allzu lange auf sich warten lassen werde. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er alsdann die Notwendigkeit, alle politischen Fragen den finanziellen und wirtschaftlichen Pro-blemen noch für mehrere Jahre unterzuordnen. Er hoffe, daß die neue Kammer die von ihm vor den Wahlen erlassene Warnung höre, und daß sich in ihr eine kompakte und ständige Mehrheit bilden werde, die jede andere Erwägung der endgültigen Wäh-rungsanleihe opfert. Als wesentlich bezeichnete Poincaré weiter die Reform der sozialen Gesetzgebung und die Kräftigung der Regie-rungsautorität. In diesem Zusammenhang trat er für die Verwaltungs- und Steuerreform ein, da das alte hierarchische System sich überlebt habe und im Begriffe zu sein scheint, auseinanderzu-brechen. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, daß Frankreich nun einen einzigen Ehrgeiz besitze, nämlich den, zur Festigung des Friedens beizutragen, und trete für eine aufschüssige Annäherung aller Nationen, besonders derjenigen Europas ein.

Höfische Prachtentfaltung in Rußland.

Moskau, 6. Mai. Das neue Moskau bemüht sich, Aman-Allah aus weitestgehend seinen Aufenthalt nicht nur nicht, sondern auch angenehm zu gestalten. Der König legte einen Kranz im Leninmausoleum nieder. Dem Empfang bei Ralnin im Krem folgte eine gesellschaftliche Veranstaltung bei Tisch und unter Entfaltung aller möglichen Toiletten und großer Tafelpracht, eines Ballets und Konzertvorführungen. Tagesüber besichtigte der König die Textilfabrik und das Armeemuseum. Abends war ein Empfang in der afghanischen Mission. Heute ist ein Feiernamen um den vom König gestifteten afghanischen Unabhängigkeitspreis; abends ist eine Galaabendfeier in der Großen Oper. In den nächsten Tagen wird der König Gelegen-heit haben, in seinem Kreis tieferen Einblicke in die Heeresorganisation und Technik zu ge-winnen.

Die Königin erhält ein Gewehr.

Moskau, 6. Mai. Der Kriegskommissar Moroschkow gab dem afghanischen Königspaar zu Ehren einen Em-pfang im Hauptquartier der Roten Armee. Der König erhielt hierbei als Geschenk ein Schwerdt und einen Dolch, während der Königin ein Gewehr über-reicht wurde.

Berlin und Moskau.

Berlin, 7. Mai. „Gegen den militärisch-imperia-listischen Rummel, den die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung aus Anlaß der Annäherung des afghanischen Königs Aman Allah aufsteht, gab die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion folgende Erklärung ab: Der Oberbürgermeister will dem afghanischen König eine Gedenkmappe überreichen. Die Kommunisten er-heben schärfsten Protest: 1. dagegen, daß die Mappe auch in ihrem Namen überreicht wird; 2. gegen die Übergabe; 3. gegen die Empfangsfeierlichkeit; 4. gegen die Verwendung von öffentlichen Geldern für diese Feier.“

Der afghanische König kommt als Agent der herr-schenden Klasse seines Landes. Mit den militärisch-im-perialistischen Empfangsfeierlichkeiten demonstriert die Bourgeoisie für ihre imperialistischen Ziele. Im Gegen-satz zum Verhalten der russischen Weltrevolution, die Sowjet-Union als einziger Staat dem afghanischen Volk in seinem Kampfe gegen die koloniale Unterdrückung zur Seite.“

Mit diesem pathetischen Geschehen wandte sich die Rote Armee am 24. Februar dieses Jahres gegen den felerlichen Empfang des Königs von Afghanistan in Berlin. Die letzten Worte waren damals nicht infor-miert, daß die Kommunisten in Moskau ebenfalls den König zu empfangen wünschten: sonst wären die kom-munistischen Militärs in der russischen Weltrevolution (Gruppe Deutschland) vornehmlich gewesen. Nun freut sich der „Botschafter“ über die Manne seiner röhren Brüder in Karl Marx. Mit großem Gepränge empfängt

Moskau den König von Afghanistan. Die Fahnen sind rot und mit einem Stern bedeckt; im übrigen aber ist, bemerkt „Der Deutsche“ treffend, alles so wie in London, Berlin, Paris, Warschau und Rom. Der afghanische König, Aman Allah, wird in der Hauptstadt Moskau empfangen werden. Die Majestät von Afghanistan legt den königlichen Kopf auf seine Knie in einem feierlichen Akt, mit öffentlicher Geldern werden Empfangsfeierlichkeiten finanziert und wahrscheinlich wird auch der Oberbürger-meister von Moskau dem Aman Allah eine Mappe über ein anderes schönes Geschenk überreichen, während Frau Aman Allah die hochgeweihte Brillantenkette, einen goldenen Schmuck ihrer königlichen Schwester bedient.

London und der Moskau-Besuch. Der afghanische König Aman Allah wird in England mit be-sonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Mit großer Genugtuung wird festgestellt, daß sich der König von jeder Partei fern hält, die eine Spitze gegen England ha-ben könnte. Besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die Absicht des Königs, an der Feier der Ubergabe von 45 Flugzeugen der Mos-kauer Garnison teilzunehmen, die aus Mitteln des Königs „Unserer Antwort an Chamberlain“ gebaut wurden. Gleichwohl mißbillt man auch die Be-sprechungen große Bedeutung, die auf die Festlegung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Afghanistan und auf eine wirtschaftliche und politische Verbindung mit Afghanistan schließen lassen.

Rein Militärbündnis mit Afghanistan. Moskau, 7. Mai. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, die Meldung der englischen Presse, daß das Projekt des Königs Aman Allah über eine Militärkonvention abgelehnt worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Eine solche Konvention ist weder angenommen noch abgelehnt wor-den, da sie garnicht angeboten wurde.

Der Hochverratsprozess gegen Braun und Genossen.

○ Leipzig, 7. Mai. Im Hochverratsprozess gegen Braun und Genossen erklärte der Angeklagte Diden-burg, er habe nie den Verdacht haben können, daß die vor ein Justizgericht gestellten Emigranten Deutsche seien. Er wolle nur, daß die kommunistische Partei wiederholt alle in Deutschland wegen politischer Vergehen schuldigen Kommunisten aufgeföhrt habe, sich den Be-hörden zu stellen, und daß nach diesem Aufruf niemand mehr Verhüllung erhalten habe. Der Angeklagte erklärte dem Material über die mitteleuropäische rote Hilfe mit dem Sinn, Berlin vor, das in einem anderen noch laufenden Verfahren des Angeklagten Gang, der wegen Hochverrats im Jahre 1918 mit 4 Jahren Zuchthaus bestraft worden war und später in Bayern noch einmal eine Strafe wegen Verletzung des Parteiverbots erhalten hatte. Ganz war Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ in München. Er erklärte, seine einzige Fun-ktionärstellung in München eingenommen zu haben. Der Bezirksleiter habe er nicht angeht. Auch den Nachrichtenbericht der Partei in München habe er nicht geleitet. Selbstverständlich habe er stets alles getan, um unläutere Elemente in der Partei bloszustellen und ihre Entfernung zu veranlassen. In diesem Zusam-menhang kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Verteiliger Dr. Samter und dem Vertreter der Reichsanwaltschaft sowie dem Vorsitzenden. Dr. Samter wurde eine Klage erteilt. Ganz erklärte weiter, daß ein Parteibild in München nicht habe unterhalten werden können, hätten alle Parteimitglieder ihre Angelegen-heiten über die Redaktion an die Partei geleitet. Einen gewissen Wandel habe er beobachtet lassen, weil dieser verdächtig gewesen sei, anonyme Anzeigen gegen ihn an die Polizei erstattet zu haben. Die Verhandlung wurde dann auf morgen verlagert.

Die Eltern und sieben Geschwister getötet.

○ New York, 7. Mai. Der 17-jährige Farmerjohn Owen Oberk hat seine Eltern und seine sieben Ge-schwister in einem Wahnstillschlag ermordet. Es wird dazu noch gemeldet, daß der Mörder gegen-über der Polizei erklärte, daß er wegen der Ablehnung seines Vaters, ihn das Familienauto benutzen zu lassen, so erkölt wurde, daß er schließlich Feuer an das Haus legte, bevor er selbst das Auto einer be-nachbarten Stadt aufstufte. Die Polizei stellte nach dem Brande fest, daß die Eltern und fünf Geschwister von

dem Jungen vor dem Brande ermordet wurden und die Leichen in der Küche aufeinandergelegt worden waren. Die Mutter lag in ihrem Zimmer mit einer Kugel im Herzen. Bei der polizeilichen Vernehmung erklärte der Junge weiter, daß er das Familiengewehr an sich nahm, zunächst seinen jüngsten, sechsjährigen Bruder erschloß, dann der Reihe nach seine beiden an-deren Brüder von 10 und 14 Jahren und seine Schwestern von 8 und 16 Jahren und schließlich seine 41-jährige Mutter. Als sein Vater nach Hause zurückkehrte, er-schoß er auch diesen, nahm 100 Mark aus den Taschen des Vaters an sich, gab Petroleum über die sieben Leichen, legte das Haus in Brand und fuhr zu den Kinovorführungen.

Nobile über seinen Flug.

○ Kopenhagen, 7. Mai. General Nobile hat an Bord der „Citta di Milano“ in Kinsgban an der Kopenhagener „Nationaltidende“ einen Funf-punkt gerichtet, in dem es heißt: „Die „Italia“ habe den zweiten, in vieler Beziehung schwierigen Teil ihrer Reise ohne Un-fall zurüdgelegt. Jetzt könnten sie sich ihrer eigenen letzten Aufgabe zuwenden. In etwa einer Woche würden sie versuchen, was nie vorher versucht worden sei, auf dem Nordpol zu landen. Alle seien zuver-läufiglich gestimmt. Die Tatsache, daß die „Italia“ den Flug Mailand-Kinsgban ohne die geringste Schramme überstanden habe, könne denen als endgültige Rechtfertigung dienen, die gleich ihm, Nobile, ihre Hoffnung auf das halbjährige Luftschiff setzten. Unter günstigen meteorologischen Verhältnissen würden einer Landung auf dem Nordpol keine unüber-windbaren Schwierigkeiten entgegenstehen. Er versicherte über sein konstruiertes Apparate, die bei dieser Landung würden die Leute, die vom Luftschiff abgesetzt werden sollten, die Verbindung mit dem Luftschiff nicht verlieren. Im Falle einer Gefahr werde es ihnen mög-lich sein, die „Italia“ wieder zu erreichen, auch wenn diese fortzuziehen sollte. Das Kreuz, das der Landungs-mannschaft überlassen.

Die „Italia“ in der Halle untergebracht.

○ Oslo, 7. Mai. Wie „Aftenposten“ aus Kinsgban meldet, ist die „Italia“, die einstweilen am Markt fest-gemacht war, heute vormittag in die Halle geschafft worden.

Die „Italia“ in Kinsgban.

○ Oslo, 7. Mai. Wie aus Kinsgban gemeldet wird, wird das Luftschiff Nobiles, die „Italia“, einige Tage in der dortigen Luftschiffhalle bleiben müssen, da einer der Motoren beschädigt ist. Auch soll der Schaden ausgebessert werden, den das Luftschiff bei seiner Landung in Bades erlitt. Die „Italia“ wurde bei ihrer Landung von den dort anwesen-den Italienern und Norwegern mit Hochrufen be-glückt. Die italienische Mannschaft befindet sich in besser Stimmung. Einem Filmopereur er-fohrte bei dem Aufnehmen von Bildern die Höhe, wäh-rend einem Mann der Befehle bei der Landung beide Hände verloren.

Eine Erklärung von Professor Junders.

○ Kopenhagen, 7. Mai. Nach einer Meldung der Asso-ciated Press erklärte Professor Junders, er wolle die amerikanischen Fortschritte im Flugwesen studieren. Professor Junders bemerkte die Mel-dung, daß er mit Henry Ford eine Versammlung von Flugzeuginteressierten erwägen wolle.

Von Nah und fern.

Das geheimnisvolle Verbrechen auf einer Landstraße bei Köln.

Köln, 7. Mai. Nummer 1 ist auch der zweite Anlaß des Kraftverkehrs, aus dem am Sonntag ein Mädchen auf der Bonnsstraße auf den Bahndamm ge-schleudert worden war, festgenommen worden. Während der zuerst festgenommene Befragte behauptete, das Mädchen habe sich zur Wehr gesetzt und sei selbst aus dem Wagen gesprungen, als er es töten wollte, versuchte sich sein Mitfahrer damit herauszuretten, gefahren zu haben. Die Polizei glaubt, beide Auswider wider-legen zu können.

Rundgebung der geschädigten Auslandsdeutschen vor dem Reichsentschädigungsamt.

○ Berlin, 7. Mai. Einige Verbände der geschädigten Auslandsdeutschen veranstalteten heute vormittag meh-rere Versammlungen, um gegen die Haltung des Reichsentschädigungsamtes in den Fragen der Entschädi-gung und für die Freilassung des Kolonialen Lang-fopp, der den Unschlag auf das Reichsentschädigungsamt vollstreckt hatte, zu demonstrieren. Gegen 4 Uhr zogen dann mehrere hundert Versammlungsteilnehmer vor das Gebäude des Reichsentschädigungsamtes in der Rheinstraße in Friedenau, wo es zu erregten Auf-tritten kam, nachdem der Präsident des Reichsentschä-digungsamtes, Dr. Karpinski, den Empfang einer Abordnung abgelehnt hatte. Als die Beamten um 1/2 Uhr das Gebäude verließen, mußten sie allerlei Redensarten über sich ergehen lassen. Die Demonstranten zogen schließlich nach friedlichem Zureden der Schutzpolizeibeamten wieder ab.

Gewalttaten der Luftschiffpiloten in Oberschlesien.

○ Rattowitz, 7. Mai. Wie er jetzt bekannt wird, dorten sich in der Nacht vom 2. zum 3. Mai die Luftschiffpiloten aus der Gegend von Rattowitz an, um mit diesem eine Fahrt nach Rattowitz anzutreten. Bei dem Passieren des Beamtenhauses der Gegend wurde ein Willkürmisset und Bagno wurde eine Bombe in den Vorgarten geworfen. Die Bombe explodierte mit großer Gewalt. Die meisten Fensterstücken gingen dabei in Stücke.

Flugzeugunglück in Ungarn.

○ Bistana, 5. Mai. Heute nachmittag geriet das Flugzeug einer Staffel bei einem Flug nach Regensburg in unmittelbarer Nähe von Bistana in starken Nebel. Der Pilot, der sich allein in dem Flugzeug befand, verlor vollständig die Orientierung. Das Flugzeug stieß an einen Baum, stieg ab und ging in Flammen auf. Der Pilot konnte aus dem Trüm-mern des Flugzeuges nur noch als Leiche geborgen werden.

Dr. Schliep bei den drei im Donesbecken verhafteten deutschen Ingenieuren.

○ Moskau, 7. Mai. Die verhafteten Reichsdeutschen Maier, Otto und Baskier wurden heute im Auftrag des deutschen Botschafters erneut von den Verhaftungsbeamten Dr. Schliep besucht. Der Besuch galt in der Hauptsache der Befestigung eines Verteidigers, wobei die notwendigen Formalitäten besprochen wurden. Nach einer Mitteilung des Untersuchungsrichters ist die Zu-stellung der Anklageschrift in allerhöchster Zeit zu er-warten. Der Gesundheitszustand Ottos und Baskiers ist unverändert gut, während Maier über Nerven- und Herzbeschwerden klagt. Nach Angaben des Untersuchungsrichters befindet sich Maier andauernd unter ärztlicher Beobachtung.

Vulkanausbrüche und Erdbeben in Niederländisch-Indien.

○ Amsterdam, 7. Mai. Nach Meldungen aus Bata-via ist der Inselvulkan Krakatau seit einigen Tagen wieder in heftiger Bewegung. Allein am Sonn-tag wurden von der meteorologischen Beobachtungs-station auf der in der Nähe des Vulkans gelegenen Insel Pang-Gland nicht weniger als 2008 Ausbrüche und 163 Vulkantöne wahrgenommen. In der Richtung Nord-Süd wurden 211, in der Richtung Ost-West 61 Erdbeben registriert.

Kreisblatt des Stadtbezirks Wadert. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes von Rheiderberg. Organ der Zentrumspartei.

flauer M

Die Tatsache, daß e-wahlvorläufige eingetragten Parteien um die Gunst d-einem oberflächlichen Z-eitens die Vermutung des deutschen Volkes an-der in irgend einem an-der Vermutung würde man können. Tatsächlich ist Republik ist, — abgele-ringeres Interesse hervor-tags- und Provinzialland-schaften p f, gegeb-ene so große Zie-ellen war wie jeh-lustillieren. Selbst wenn man gewohnt ist, daß i-volles Haus schafft, geig-eal voll auf genügt ha-

Am Sonntag vor acht-munder Sozialdemokrati-Zahlverammlung, und a-einer Zeit, wo der Son-n-Genossen wichtiger er-Volkstommisär und M-heit die Hauptrede. 15 000 Menschen saßen ab und das in einer Stad-320 000 Einwohner hat-450 000, rund 44 000 abgegeben worden sind. R i t h (gegen den nach-geligt besonders erleue-Plattes ein Redebericht-der Parteileitung des Z-agerpiert und von der R-in einer Zentrumswähl-a. M. geredet. (Er wird-Blatt verraten wollen, b-einem Duzend offiziell-sprechen.) In Frankfurt, nicht befehlen Verammlun-ist, erging es ihm bedma-minenten Politikern. „Kantantur Case“ gang-neigung gegen ihn gefun-dort rebete, hätte es and-Wacht die „Frankfurter“ Wirt, ein guter Volkst-durch die Differenzen mit-hat es denn o nicht i-einige tausend Leute in-er eine Wählrede gehalten-damit zusammen, daß A-londern bloß ein Politik-tist den Nagel auf den-letzt werden, da scharen-ßen um den Ring, um z-dem andern das Gesicht l-kenntnis zur Strecke b-keit, um eine Ansprach-und Vaterland handelt, zwei Drittel des Saales-Wirt auf die Koltra ste-teroflofigkeit wird in r-nationalen Blättern Ma-gliche Zeitung“ beifspies-m zu einem Bericht über e-fammlung in Magdeburg-Passivität, die sich den großen Fragen der Z-Abgeordnete D r e m v in-Deffau vor ganz an-rede. Und so wird von d-Interesse der Wählerschaft

Hört man solche Klag-buch unwillkürlich fragen-mag. Wenn Vorzamm-als politische Verammlun-weisen, so ist das ohne Z- daß das Interesse am Sp-lath stärker zugenomm-n Politik. Sozial und wir-in Deutschland. Die Not-gemein auf den Nägeln-besonderen Drang, in-tischen Kenntnisse zu ver-Meinung zu fagen. Poli-tion bringt täglich sch-tigen Beobachtungen der-mlich gebedt. Anderes in- die Passivität wohl ver-he bedauern, und es-Vaterland und ch-ke sich unter den R-Wahltag selbst bemerkbar

Beobauern muß man-besondere deswegen auch, von der politisch-Entennis ihrer Z-Zeit unseres Volkes er-fgegeben werden muß frei-lacht außerordentlich sch-macherei unserer Zeit zu-darüber überhaupt nur B